

Wandel der Sprach- und Streitkultur

Wandel der Sprach- und Streitkultur

Überlegungen zu Dimensionen eines Phänomens
und seiner Untersuchung

Thomas Köhler, Jochen Roose

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Berlin

Ansprechpartner:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Köhler

Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3550
thomas.koehler@kas.de

Sabine Stoye

Projektkoordinatorin Wandel der Sprach- und Debattenkultur
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3517
sabine.stoye@kas.de

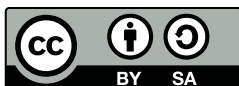
Dr. Jochen Roose

Koordinator für Umfragen und Parteienforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
T +49 30 / 26 996-3798
jochen.roose@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Die Printausgabe wurde bei der Druckerei copy print Kopie & Druck GmbH,
Berlin gedruckt.
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-566-6

Wandel der Sprach- und Streitkultur

**Überlegungen zu Dimensionen eines
Phänomens und seiner Untersuchung**

Thomas Köhler, Jochen Roose

Inhaltsverzeichnis

1. Wandel der Sprach- und Streitkultur – ein Schwerpunkt der Konrad-Adenauer-Stiftung	5
2. Was ist eine angemessene Sprach- und Streitkultur?	9
2.1 Sprach- und Streitkultur	9
2.2 Die Bestimmung der Angemessenheit von Debattenbeiträgen	9
3. Kriterien einer guten Streitkultur	13
4. Arenen der Öffentlichkeit	19
5. Differenzierungen bei der Vermessung von Sprach- und Streitkultur	23
6. Sprach- und Streitkultur als Problem oder Symptom	27
6.1 Kritik an Begriffen und Metaphern	27
6.2 Medienwirkungsforschung	28
6.3 Öffentliche Debatten und populistische Akteure	29
6.4 Neuordnung des politischen Feldes	30
7. Fragen und Untersuchungsansätze	33
Literaturverzeichnis	37

1.
Wandel der
Sprach- und
Streitkultur –
ein Schwerpunkt
der Konrad-
Adenauer-
Stiftung

1. Wandel der Sprach- und Streitkultur – ein Schwerpunkt der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Anforderungen an eine Sprach- und Streitkultur in der Demokratie sind hoch. Demokratie braucht geeignete Aushandlungsprozesse für politische Entscheidungen, die sowohl zu einem hinreichenden Interessenausgleich bis zur Entscheidungsfindung führen als auch im Nachgang wahrscheinlich machen, dass der Weg der Entscheidungsfindung und damit verbunden tendenziell auch die getroffene Entscheidung Akzeptanz finden. Unterschiedliche Interessen gibt es in jeder Gesellschaft, und die Aushandlungsprozesse in der Demokratie sind entscheidend für die Befriedung und Stabilität des Zusammenlebens.

Bereits seit einigen Jahren wird darüber diskutiert, ob ein hierfür ausreichend breiter gesellschaftlicher Diskurs überhaupt noch gegeben oder zumindest bei Bedarf herstellbar ist. In dieser Debatte wurde vor allem auf drei Aspekte verwiesen:

- › Erstens auf die mit der Globalisierung einhergehende stärkere Ausdifferenzierung der Gesellschaft, die zu erheblich divergierenden Lebenswelten führe. Für diesen Punkt steht eine nachhaltige politische Antwort, die das untereinander Verbindende betont und die Bereitschaft aller stärkt, sich für das Gemeinwesen zu interessieren und einzusetzen, noch aus – auch wenn aktive Politik und politische Stiftungen dieses Aufgabenfeld durchaus aufgegriffen haben.
- › Zweitens auf die über längere Zeit jedenfalls in Deutschland (vermeintlich) fehlende Unterscheidbarkeit der großen politischen Lager, die keinen Raum für Grundsatzdebatten lasse. Dieser Punkt hat sich zweifellos inzwischen überholt. Die politische Auseinandersetzung geht im Gegenteil zunehmend ins Grund-

sätzliche und diskutiert die fundamentalen Fragen, wenn auch mit anderen politischen Akteuren.

- › Und drittens wurde auf die mit der Digitalisierung einhergehende Individualisierung der Informationsaufnahme verwiesen: Während früher „alle“ die Abendnachrichten verfolgt haben und sich darüber austauschen konnten, werden heute vermehrt individualisierte „Nachrichten“ zugespielt, die sich nach dem persönlichen Klickverhalten und ihrem Unterhaltungswert richten, aber weder professionell vorsortiert noch redaktionell eingeordnet und bewertet sind. Es gibt die Befürchtung, dass das politische Urteilsvermögen einer Gesellschaft damit systematisch abnimmt, dass sich Qualitätsjournalismus nicht halten lässt und Menschen in ihren Filterblasen und Echokammern gefangen bleiben.

Der dritte Punkt wurde in den vergangenen Jahren am stärksten öffentlich diskutiert. In der Summe ging und geht es in dieser Debatte um die Frage, ob in unserer offenen Gesellschaft noch hinreichend miteinander gesprochen wird – persönlich oder vermittelt über Medien. Auch die öffentlichen Äußerungen ebenso wie die Bürgerdialoge des Bundespräsidenten zielen darauf, innergesellschaftlich wieder stärker miteinander ins Gespräch zu kommen („Sprachlosigkeit überwinden“). Wie also steht es um die Sprach- und Streitkultur in Deutschland, und was können wir für eine demokratische Streitkultur tun?

Nach ersten Eindrücken erleben wir momentan eine Streitkultur, die sich in einem fundamentalen Wandel befindet und unter Druck steht. Manche etablierten Formen der politischen Auseinandersetzung finden nicht mehr die Verbreitung wie

früher, manche Gewohnheiten passen nicht mehr zu den veränderten Gegebenheiten. Die Sprach- und Streitkultur ordnet sich neu.

Zugleich wird nun eine weitere Beobachtung ins Feld geführt. So ist die Behauptung nicht nur, dass zu wenig miteinander und zu viel aneinander vorbei gesprochen werde, sondern auch, dass der öffentliche Diskurs gezielt vergiftet werde. Die These des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef Schuster, durch gezielte Provokationen, zunächst in den Sozialen Medien, dann in einer breiteren Öffentlichkeit, würde die Grenze des Sagbaren bewusst verschoben mit Signalwirkung für die Mitte der Gesellschaft und am Ende mit Folgen durch reale Handlungen, etwa antisemitische Straftaten, erscheint zunächst plausibel (Deglow 2019). An allen Knotenstellen dieser Handlungskette stellen sich allerdings auch Fragen, ob die Zusammenhänge so eindeutig sind, unter welchen Bedingungen es zum nächsten Schritt kommt und ob die Ursachen mit dem Verweis auf bewusste Provokationen aus strategischem Interesse ausreichend erfasst sind. Es lohnt ein genauerer Blick.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt sich diesen Fragen und vertieft sie in verschiedene Richtungen. Es beginnt etwa mit der Frage nach Art und Richtung der Veränderung von Debatten und politischen Auseinandersetzungen sowie den Ursachen für diesen Wandel. So ist beispielsweise unklar, inwieweit die beobachtbaren sprachlichen Entgleisungen wirklich Teil einer übergeordneten, ggf. international abgestimmten Strategie sind, oder ob sie sich eher dezentral aus dem Erfolg speisen, der nicht zuletzt im Aufmerksamkeitsgewinn durch Empörung des „Establishments“ und der Selbstvergewisserung eines sich selbst lange Zeit nicht repräsentiert sehenden Milieus liegen. Oder sind auch dies Symptome einer noch grundlegenderen gesellschaftlichen Entwicklung von Konfliktkonstellationen?

Jenseits einzelner gezielter Entgleisungen stellt sich die Frage, was sich an Veränderungen des Debattenmusters feststellen lässt, und zwar in den Sozialen Medien, in den etablierten Massenmedien und in den Parlamenten. Erleben wir eine

Veränderung des Umgangs miteinander, oder beobachten wir lediglich einen Sprachwandel, wie er sich stetig vollzieht? Auch eine vermeintliche Sonderstellung der politischen Debatte in dieser Entwicklung gilt es, näher zu beleuchten. Unterscheidet sich die politische Auseinandersetzung von Debatten in anderen Kontexten?

Ferner geht es um die Frage, was geeignete Reaktionen auf entgleisende Debatten sind. Wie lassen sich Rahmenbedingungen und Moderationstechniken entwickeln, um Auseinandersetzungen in eine angemessene Debattenkultur zu leiten? Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, inwieweit in diesem Kontext strafbare Handlungen betroffen und Rechtsinstrumente zur Eindämmung von Beleidigung, Verunglimpfung und Ähnlichem bereits vorhanden sind. Wir werden uns eine weitreichende Kompetenz im Medienumgang erarbeiten müssen, um angemessen zu kommunizieren und auf Beiträge anderer reagieren zu können. Dies ist eine Herausforderung für die politische Bildungsarbeit, genauso wie für die Kommunikationsstrategien politischer Akteure, seien es Parteien, Verbände oder andere Akteure im öffentlichen Raum. Wie eine solche Anpassung aussehen kann, was geeignete Strategien sind und was das Problem eher verlagert oder gar verschärft, all dies sind drängende Fragen.

Mit dem Schwerpunkt „Wandel der Sprach- und Streitkultur“ geht es der Konrad-Adenauer-Stiftung darum, diese vielfältigen Fragen zu ordnen, vorliegende Erkenntnisse zu integrieren und Umgangsweisen zu eruieren. Die Konrad-Adenauer-Stiftung will einen Beitrag zur Strukturierung der Debatte leisten und sich um eine Einordnung bemühen, die ein realistisches Bild vermittelt.

Der Umgang mit Provokationen und sprachlicher Aggression in den verschiedenen Foren politischer Debatte ist eine Herausforderung, der nicht mit einer einzigen Maßnahme oder Strategie zu begegnen ist. Stattdessen wird eine Vielzahl von Maßnahmen, neuen Gewohnheiten und Regelungen notwendig sein, um die Sprach- und Streitkultur den neuen Gegebenheiten anzupassen. Es

ist eine komplexe Aufgabe, eine gleichermaßen respektvolle wie wehrhafte demokratische Sprach- und Streitkultur zu entwickeln.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bringt in ihrem Schwerpunkt „Wandel der Sprach- und Streitkultur“ Aufarbeitungen relevanter wissenschaftlicher Debatten, eigene empirische Studien und Fallanalysen sowie politische Einordnungen zum Themenfeld zusammen. Es geht darum zu analysieren,

- › wie sich die Sprach- und Streitkultur in Deutschland verändert,
- › welche Ursachen zu diesen Veränderungen beitragen,
- › welche Folgen bestimmte Formen von Debatten haben, insbesondere Formen der inzivilen Debattenführung, und
- › welche Reaktionen oder Maßnahmen beitragen können zu einer wehrhaften demokratischen Sprach- und Streitkultur.

Im Folgenden soll der Rahmen des Schwerpunktes ausbuchstabiert werden. In einem ersten Schritt wird erläutert, was eine Sprach- und Streitkultur ist und wie sich Beiträge erkennen lassen, die gegen die geltenden Regeln verstoßen (Kapitel 2). Jenseits der Beurteilung einzelner Beiträge braucht es eine Verständigung darüber, wie eine demokratische Öffentlichkeit insgesamt gestaltet sein soll. In Kapitel 3 werden die normativen Anforderungen an Öffentlichkeit aus der Sicht unterschiedlicher Theorien gegenübergestellt. Um die Kontexte von unterschiedlichen Sprach- und Streitkulturen fassen zu können, werden in Kapitel 4 Formen der Öffentlichkeit diskutiert. Ausgehend von dieser grundlegenden Unterscheidung können dann weitere Differenzierungen gemacht werden (Kapitel 5). Ursachen einer (vermeintlich) aggressiver und inzivilen gewordenen politischen Debatte werden in Kapitel 6 diskutiert. Das letzte Kapitel 7 systematisiert schließlich einige Untersuchungsperspektiven.

2.

Was ist eine
angemessene
Sprach- und
Streitkultur?

2. Was ist eine angemessene Sprach- und Streitkultur?

Zur Bestimmung einer angemessenen Sprach- und Streitkultur ist zu klären, was eine Sprach- und Streitkultur ist, welchen Normen sie unterliegen soll und wie sich die Angemessenheit von Sprache und Verhalten in einem Streit beurteilen lässt.

2.1 Sprach- und Streitkultur

Das Konzept der Kultur hat eine lange Tradition (vgl. Moebius 2009). Dabei ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen einem wertenden und einem neutralen Begriff von Kultur. Der wertende Begriff setzt Kultur gleich mit etwas Erstrebenswertem oder Höherwertigem. Die Kultur wird der Kulturlosigkeit entgegengesetzt.

Der neutrale Begriff versteht Kultur als die in einer sozialen Einheit, also einer Gesellschaft, Organisation, Gruppe usw., geltenden Regeln und Interpretationen. Kultur definiert, was wahr und richtig ist (Neidhardt 1986: 11). Die jeweilige Kultur bezeichnet die Sammlung an Wissen, Werten und Normen, die in einer Gruppe gelten, unabhängig von einer etwaigen Bewertung durch externe Beobachter. So gelten in einer Partei andere Werte und Normen als in einem Sportverein oder an einer Universität. Für diese Beispiele lassen sich auch jeweils Annahmen über Wahrheiten vorstellen, beispielsweise über Eigenschaften des Menschen, die jeweils unterschiedlich ausfallen können.

Eine Streitkultur ist demnach in der neutralen Sichtweise eine Menge von Wahrheitsannahmen, Werten und Normen, die sich auf die Auseinandersetzung miteinander beziehen. Sie besteht aus Vorstellungen, wie Menschen miteinander typischerweise streiten und wie sie streiten sollen, welche Regeln sie also in einem Streit zu beachten haben. Ein zentraler Aspekt ist dabei die

verwendete Sprache. Gerade in Hinblick auf die akzeptable Sprache und Ausdrucksweise in kontroversen Debatten gelten wiederum Normen und Werte, die in einer Gesellschaft oder einer Organisation (oft nur implizit) ausgehandelt werden und dann gleichwohl Geltung beanspruchen. Es lässt sich meist von außen beobachten, welche Art des Streites von anderen Beteiligten oder Zuschauern als akzeptabel angesehen wird oder auf Widerspruch und Kritik stößt.

2.2 Die Bestimmung der Angemessenheit von Debattenbeiträgen

Die Anwendung der kulturellen Regeln und die Beurteilung der Angemessenheit von Debattenbeiträgen nach diesen Regeln erfolgt in jeder Debatte durch die Teilnehmer und Zuhörer. Als kulturkompetente Personen haben wir meist eine klare Vorstellung von angemessenen und unangemessenen Debattenbeiträgen. Beleidigungen, Verleumdungen, die Diskriminierung von bestimmten Gruppen, auch die bewusste Verbreitung von Falschinformationen – es ließen sich schnell weitere Formen von Debattenbeiträgen finden, die einer angemessenen Auseinandersetzung zuwiderlaufen. Manche dieser Formen sind rechtlich geregelt, beispielsweise Beleidigungen. Andere verstoßen gegen die „guten Sitten“. So sind Abwertungen anderer oft erkennbar an der Benutzung von Begriffen aus dem Fäkal- und Sexualbereich oder eines Vergleichs mit Tieren und Krankheiten. Auch für diskriminierte Menschengruppen gibt es oft abwertende Bezeichnungen (z. B. für Homosexuelle, Ethnien, Schichten), die auch als Abwertung beliebiger anderer benutzt werden können. Diese Formen von Debattenbeiträgen, die nach den jeweils geltenden Regeln als unangemessen angesehen werden, bezeichnen wir als inzivil.

Allerdings gibt es immer wieder Zweifelsfälle, und für die Beurteilung, in welchem Maße sich Sprach- und Streitkultur verändert, sind klare und (wissenschaftlich) belastbare Kriterien zur Beurteilung wichtig – und gleichzeitig sehr schwierig zu definieren. Für die Beurteilung eines Wandels der Streitkultur und damit eines Vergleichs über längere Zeiträume ist zudem der Wandel von Sprachverwendung insgesamt zu beachten. So verändern Worte ihre Bedeutung über die Zeit. Vormals inkriminierte Worte werden Teil einer (tendenziell) akzeptierten Sprache und umgekehrt.¹

Jenseits der verwendeten Begriffe gibt es weitere Formen von inzivilen Äußerungen, die oft schwerer zu identifizieren sind. So kann sich die abwertende Bedeutung nur aus Kontexten, Wortspielen, übertragenen Bedeutungen oder Ähnlichem ergeben. Beispielsweise sind Begriffe des Kampfes im Zusammenhang mit Wahl etabliert. Wahlkampf und Duell sind übliche Begriffe in diesem Kontext. Die Ankündigung, die Regierung „zu jagen“, wurde dagegen als Verstoß gegen die Regeln der angemessenen Debatte wahrgenommen. Dieses Urteil lässt sich stützen durch eine Analyse üblicher, also etablierter Wortfelder und Wörter, die in dem entsprechenden Zusammenhang nicht benutzt werden. Dieses Verfahren erlaubt eine Feststellung, in welcher Weise Wörter sonst üblicherweise benutzt werden und was mit ihrer Verwendung (eventuell unterschwellig) transportiert wird.

Neben der Wortfeldanalyse werden in der wissenschaftlichen Praxis meist die Einschätzungen von kulturkompetenten Personen benutzt. Insbesondere die unabhängig durchgeführte, übereinstimmende Einschätzung von mehreren Personen dient als Beleg für die angemessene Bewertung.² Der Vorteil einer menschlichen Kodierung ist vor allem die Fähigkeit, aus Kontexten und Wortneuschöpfungen Schlüsse ziehen zu können.³ Der Nachteil ist die Gefahr einer Voreingenommenheit durch die Beurteilenden.

Die Beurteilung von Debattenbeiträgen auf ihre Angemessenheit in der Ausdrucksweise bleibt damit schwierig. Diese Schwierigkeiten nehmen zu, wenn Sprecher aus strategischen Gründen die einfache Identifikation von Beiträgen als beleidigend verhindern wollen. Anreize für solches Verhalten gibt es insbesondere in der Öffentlichkeit, wenn mit öffentlicher Empörung zu rechnen ist, und in moderierten Kontexten, beispielsweise in moderierten Onlineforen oder im Bundestag.

1 Beispielsweise ist das Wort „geil“ von der Vulgärsprache zum Teil der Alltagssprache (wenn auch nicht der Hochsprache) geworden, während das Wort „Neger“ den umgekehrten Weg genommen hat.

2 Dies ist das Verfahren der Inhaltsanalyse. Vgl. dazu z. B. Merten (1983), Kromrey/Roose/Strübing (2016: 302ff.), (2017).

3 Insbesondere computergestützte Auswertungen können diese Aspekte nicht oder nur sehr eingegrenzt erfassen.

3.

Kriterien einer guten Streit- kultur

3. Kriterien einer guten Streitkultur

Streit ist ein normaler und wichtiger Bestandteil der Demokratie. Konflikte in der Gesellschaft bedürfen der gesellschaftlichen Verarbeitung, und die Demokratie mit ihren Regeln der Debatte und Aushandlung ist ein zentraler Mechanismus zum Umgang mit Konflikten. Über die Regeln der Konfliktaustragung eine weitgehende Einigkeit zu erzielen, ist eine Voraussetzung für einen produktiven Umgang mit Konflikten (Dubiel 1999). So können Konflikte befriedet, wenn auch nicht unbedingt gelöst werden.¹ Gerade weil die Debatte so entscheidend für eine lebendige Demokratie ist, kommt den Regeln dieser Debatten, auch über die Beurteilung einzelner ziviler oder inziviler Beiträge hinaus, eine hervorgehobene Bedeutung zu.

Allerdings ist dieser Überlegung vorgelagert, dass es überhaupt eine Aushandlung gibt. Bei einer Abwesenheit von Konsens ist demnach nicht Diszens das größere Problem, sondern Ignoranz, also das Ausbleiben einer Auseinandersetzung miteinander. Die Verständigung über gemeinsam bindende Entscheidungen setzt Arenen voraus, in denen diese Verständigung stattfinden kann. Die erste normative Anforderung wäre also eine Arena, die eine Aushandlung und einen Streit über gemeinsame Anliegen möglich macht. Für diese Arena sind dann Zugangsregeln zu definieren, also Bedingungen der Teilnahme an der Debatte in der jeweiligen Arena. Keine Bedingungen an die Teilnahme zu stellen, ist dabei eine Möglichkeit.

Der nächste Schritt sind normative Vorgaben für die Ausführung dieses Streits. Kriterien einer guten Streitkultur wurden aus unterschiedlichen Richtungen vorgeschlagen und sind unterschiedlich weitreichend. Dabei sind nicht alle Aspekte explizit definiert, manche ergeben sich eher implizit aus den Forderungen an eine Sprach- und Streitkultur (vgl. zusammenfassend Tabelle 1). Ein Vergleich dieser Vorschläge kann helfen,

eigene normative Positionen zu verorten und Abgrenzungen sichtbar zu machen.

Aus kommunitaristischer Richtung stellt Taylor (1992: 13) die „gleiche Würde aller Beteiligten“ in das Zentrum seiner Konflikt- und Demokratietheorie. Demnach sind der gegenseitige Respekt (18) und das Verständnis als Einheit, in der alle gemeinsam sich der Verteidigung gemeinsamer Bürgerrechte verpflichtet fühlen (14), Voraussetzungen einer stabilen Demokratie.² Der respektvolle Umgang ist nicht allein ein Erfordernis der „guten Sitten“, sondern reicht in seiner Bedeutung darüber hinaus und wird als Basis einer demokratischen Streitkultur beschrieben.

Aus Taylors Überlegungen, die sich zunächst mit dem Konfliktumgang in der Demokratie beschäftigen, ergeben sich Anforderungen an Öffentlichkeit und die Sprach- und Streitkultur. Demnach sind alle Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber alle Betroffenen aufgefordert, sich in die öffentliche Debatte einzubringen. Dabei gelten allerdings die genannten Regeln des respektvollen Umgangs, die zu einer Teilnahmebedingung werden. Entsprechend der kommunitaristischen Tradition, in der Taylor sich versteht, ist die Teilnahme an der öffentlichen Debatte nicht einfach eine Möglichkeit, sondern eine moralische Verpflichtung an alle.

Neben der kommunitaristischen Sichtweise rekonstruieren Ferree und andere (2002) vier weitere Theorierichtungen mit Anforderungen an eine politische Öffentlichkeit.

Die repräsentative liberale Theorierichtung geht von einem System der repräsentativen Demokratie aus, in der die politische Debatte von gewählten Experten dominiert ist. Für die öffentliche Debatte ergeben sich aus diesem Ansatz die

Forderungen nach Transparenz, Proportionalität entsprechend der gewählten Repräsentanten, Expertise, Verhandlung unterschiedlichster Ideen, Distanziertheit, Zivilität im Umgang und eine Beendigung der Debatte nach einem demokratisch getroffenen Beschluss. Öffentlichkeit ist eine repräsentative Aushandlung unter Repräsentanten, die alle wahrnehmen können. Allerdings ist die Norm zur Wahrnehmung und gegebenenfalls auch Beteiligung eher schwach. Die wohl-durchdachte Meinung als Ausgangspunkt für Debattenbeiträge schließt die Möglichkeit und das Recht ein, keine Meinung zu haben und sich nicht zu beteiligen.

Die partizipative liberale Theorierichtung legt einen besonderen Wert auf Partizipation der Bürger bei öffentlichen Entscheidungen. Dies führt zur Forderung, die Bürger in die öffentliche Debatte zu integrieren. Zentrale Anliegen dieser Theorien sind die Ermächtigung und Einbindung aller zur Teilnahme an der öffentlichen Debatte. Die Offenheit der Arena ist von besonderer Bedeutung. Dies schließt die Offenheit für alle Kommunikationsstile, einschließlich emotionaler, provozierender Beiträge, ein. Ein Abschluss der Debatte soll vermieden werden, da auch dies als eine Form der Beschränkung verstanden wird. Expertise, Distanziertheit und Zivilität werden dagegen explizit abgelehnt, weil sie einer Involvierung aller in die politische Debatte tendenziell entgegenstehen.

Die Diskurstheorie, am prominentesten vertreten von Jürgen Habermas (1987), stellt die Deliberation, den Austausch von Argumenten und ihre gegenseitige Prüfung, in den Vordergrund. Nach Habermas' Idealvorstellung ergibt sich aus dem offenen Diskurs mit der „gewaltlosen Gewalt des besseren Arguments“ die beste Lösung für öffentliche Belange. Aus dieser Theorie folgt, genauso wie bei der partizipativen liberalen Theorie, die Forderung einer breiten Inklusion. Allerdings bezieht sich in der Diskurstheorie die Inklusion nicht notwendig auf alle Bürger, sondern auf alle Argumente. Dass Argumente vielfach von Repräsentanten vorgetragen werden, akzeptiert Habermas und sieht darin kein grundsätzliches Problem.

Er schlägt als Strategie zur Einbindung möglichst unterschiedlicher Sichtweisen die besondere Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und sozialen Bewegungen vor. Bei ihnen vermutet er mehr Sensibilität für verschiedene Anliegen als bei „vermachteten“ Akteuren, die stärker in das politische System oder die Wirtschaft eingebunden sind. Dazu sind der Dialog, der gegenseitige Respekt und das Eingehen auf die Argumente anderer eine direkte Folge der Diskursorientierung. Zivilität und die Beendigung von Debatten nach einem Beschluss werden als Forderungen geteilt, allerdings in einer schwächeren Form als in der repräsentativen liberalen Theorie, denn Emotionalität wird nicht unbedingt ausgeklammert und vor dem Erreichen eines Konsens ist der Abschluss einer Debatte immer vorläufig.³

Die konstruktivistische Theorierichtung stellt die Kategorisierungen, die sich aus vorherrschenden Begrifflichkeiten ergeben, infrage und sieht darin eine Form der Macht mit unterdrückenden Wirkungen auf marginalisierte Gruppen.⁴ Die Einbindung aller in die öffentliche Debatte bedeutet für diese Theorierichtung vor allem die Einbindung und Ermächtigung marginalisierter Gruppen sowie ihre soziale Anerkennung. Daraus folgt zumindest implizit eine Beschränkung oder Einhegung der dominierenden Akteure, um bisher marginalisierten mehr Raum zu geben. Expertise wird explizit abgelehnt, und die Forderung nach Zivilität ist der Forderung nach Einbindung aller klar nachgeordnet. Den Forderungen nach Dialog und formaler Argumentation steht diese Richtung eher skeptisch gegenüber und präferiert Narrationen als Form des Debattenbeitrags. Die Schließung einer Debatte nach einem Beschluss wird strikt abgelehnt.

Das Spektrum der unterschiedlichen Forderungen für eine politische Öffentlichkeit und Debatte formuliert recht unterschiedliche Kriterien für eine gute Sprach- und Streitkultur. Unterschiedliche Formen der Debattenteilnahme und Verstöße gegen etablierte Regeln können Zeichen einer Ignoranz oder bewussten Provokation sein, sie können aber auch auf andere normative Demokratievorstellungen verweisen.

Tabelle 1: Normative Anforderungen an öffentliche Debatten – Übersicht

	Kommunitarismus	Repräsentativ-liberale Theorie	Partizipativ-liberale Theorie	Diskurstheorie	Konstruktivistische Theorie
Arena	Inklusiver geregelter Debattenraum mit breiter Teilnahme	Stellvertretende Auseinandersetzung vor Publikum nach Regeln	Offene Arena	Offene Arena	Arena mit Zugangsregeln, die zu einer ausbalancierten Teilnehmerschaft inkl. marginalisierter Gruppen führen
Sichtbarkeit	Sichtbar und zur Teilnahme auffordernd	Transparenz: Möglichkeit der Wahrnehmung	Sichtbar und zur Teilnahme auffordernd	Sichtbar, Aufforderung zur Teilnahme, Aufforderung zum Einbringen von Beiträgen	Aufforderung zur Teilnahme bei marginalisierten Gruppen
Teilnehmende	Alle Bürger/innen, insbesondere Betroffene	Proportionalität entsprechend der gewählten Repräsentanten	Integration aller Bürger/innen	Umfassende Einbindung von Teilnehmenden	Vor allem Einbindung und Ermächtigung marginalisierter Gruppen
Teilnahmebedingung	Regelanerkennung, Verpflichtung zur Teilnahme	Expertise	Keine, alle sollen einbezogen werden	Keine, neben Repräsentanten auch Zivilgesellschaft einbinden	Keine, aber Zurückdrängung majoritärer zugunsten von marginalisierten Gruppen
Inhaltlicher Anspruch	Verhandlung der Angelegenheiten, die alle betreffen	Verhandlung unterschiedlichster Ideen	Verhandlung aller Anliegen	Verhandlung aller Anliegen, Offenheit für das Aufbringen von Anliegen	Verhandlung aller Anliegen, Offenheit für das Aufbringen von Anliegen, insbesondere von Marginalisierten
Haltung der Teilnehmenden	Verständnis als Einheit, Regelverteidigung	Distanziertheit	Involviert, d.h. auch emotional, provokativ	Argumentative Auseinandersetzung, Anerkennung des besseren Arguments	Soziale Anerkennung aller (insbesondere der marginalisierten Gruppen)
Umgang in der Debatte	Zivilität, Respekt	Zivilität	Offen für alle Kommunikationsstile (auch emotional, provokativ)	Tendenziell Zivilität, aber einschließlich emotionaler Beiträge	Offen für alle Kommunikationsstile, Zivilität nachgeordnet
Debattendauer	<i>Keine Annahme der Theorie</i>	Beendigung nach demokratischem Beschluss	Offenheit, kein Abschluss	Beendigung nach Konsensfindung mit Möglichkeit der Wiederaufnahme	Keine Beendigung

Basierend auf Ferree und andere (2002), Taylor (1992) und eigenen Ergänzungen.

-
- 1 Ein prominentes Verfahren der Konfliktaustragung ist neben den demokratischen Regeln der Politik die Tarifverhandlung.
 - 2 Als weitere Voraussetzungen nennt Taylor Partizipation (Taylor 1992: 15), auch direkte Partizipation, Wohlfahrtsstaat (18), Dezentralisierung der Macht (17) und das Ausbalancieren von Großkapital und Planung bzw. öffentlichem Eigentum (20). Stellt man den nordamerikanischen Horizont des Autors in Rechnung, lässt sich der letzte Aspekt auch als die Forderung nach einer sozialen Marktwirtschaft lesen.
 - 3 Genau genommen sieht Habermas auch die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Debatte vor, wenn neue Argumente eingebracht werden. Entsprechend wäre das Debattenende auch bei einem erreichten Konsens vorläufig, denn durch neue Argumente kann sich der Konsens wieder auflösen.
 - 4 Diese Theorierichtung nimmt durchweg ihren Ausgangspunkt in feministischen Theorien, die eine kategoriale Unterscheidung von zwei Geschlechtern infrage stellen und auf ein größeres Spektrum von geschlechtlichen Konstellationen hinweisen, insbesondere bei den geschlechtsbezogenen sozialen Rollen und Verhaltensweisen. Von dieser Perspektive aus werden die Theorien dann erweitert auf Gesellschaft und gesellschaftlich unterschiedene Gruppen insgesamt.

4.

Arenen der Öffentlichkeit

4. Arenen der Öffentlichkeit

Öffentliche Debatten finden an ganz unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Kontexten statt. Im Bundestag wird debattiert, aber auch am Stammtisch, in der politischen Diskussionsveranstaltung oder in der Talkshow. Die Massenmedien bilden insgesamt ebenfalls den Raum für öffentliche Debatten. Schließlich sind verschiedene Onlineforen Ort von Debatten. Die Bedingungen der Debattenführung und die Kultur, also die geltenden Normen für den Umgang miteinander in der Debatte, unterscheiden sich in diesen Arenen. Aus der Öffentlichkeitssoziologie lässt sich eine Differenzierung von Arenen der Öffentlichkeit gewinnen, für die sich Fragen zur Sprach- und Streitkultur jeweils etwas unterschiedlich stellen.

Nach einer verbreiteten Definition entsteht Öffentlichkeit dort, „wo ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er nicht bestimmen kann. Konstitutiv ist ‚die prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums‘ (Habermas 1990: 98)“ (Neidhardt 1994: 10). Öffentlichkeit hat in der Demokratie drei wesentliche Funktionen: 1. Transparenz; 2. diskursive Validierung von Fakten und Argumenten; 3. Orientierung zur Meinungsbildung (Neidhardt 1994: 8–9).

Öffentlichkeit ergibt sich auf unterschiedliche Weise. In einem klassisch gewordenen Aufsatz benennen Gerhards und Neidhardt (1990) drei Formen der Öffentlichkeit, die sich in ihrer Strukturierung und Reichweite unterscheiden. Dabei gehen sie von der damals aktuellen Situation ohne Internet und Soziale Medien aus.

Die erste Form von Öffentlichkeit, die sie „Encounter-Öffentlichkeit“ nennen, kann bereits entstehen, wenn Menschen unabhängig von weiterer Organisation zusammenkommen. „Gespräche im Bus (...), an der Pommes-Bude oder in der Schlange an der Kasse des Lebens-

mittelgeschäfts bilden die elementarsten Formen einer ‚kleinen‘ Öffentlichkeit“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 20). Encounter-Öffentlichkeiten sind sehr wenig strukturiert, es gibt keine oder wenig klare Zuständigkeiten oder Rollen. Sie ergeben sich nicht unbedingt geplant, Themen sind nicht vordefiniert und können sich schnell ändern. Ihre Offenheit kann sie aber für die Funktionen von Öffentlichkeit in Demokratien in spezifischer Weise relevant machen.

Die zweite Form von Öffentlichkeit ist die Versammlungsöffentlichkeit. In diesem Fall sind ein Ort und ein Thema vordefiniert. Meist gibt es eine klare Rollenteilung, beispielsweise zwischen Vortragendem, Moderator und Publikum. Mit diesen Rollen sind bestimmte Erwartungen verbunden, wie zur Veranstaltung beizutragen ist. Diese Erwartungen sind nicht immer identisch, bewegen sich aber in einem vorher bekannten Korridor. Beispielsweise kann sich der Beitrag des Publikums auf Beifall und Raunen beschränken, oder es sind Fragen aus dem Publikum möglich, die sich dann aber auf das Vorgetragene beziehen sollen. Durch die Themen- und Rollendefinition hat die Versammlungsöffentlichkeit eine klarere Struktur, die vom Organisator weitgehend vorgegeben werden kann.

Die dritte Form von Öffentlichkeit ist die massenmediale Öffentlichkeit. Sie hat die größte Reichweite und ist gleichzeitig am voraussetzungs-vollsten. Sie erfordert eine technische Infrastruktur zur Verbreitung, in Form von Fernsehen, Radio oder Zeitungen. Die Rollendifferenzierung ist sehr stark. Auf der Produktionsseite gibt es detailliert ausdifferenzierte Rollen von Journalisten, Redakteuren mit interner Hierarchie, Herausgebern und Ähnlichem. Dem Publikum kommt eine weitgehend passive Rolle zu, die nur sehr begrenzt durchbrochen werden kann, beispielsweise durch Leserbriefe oder Höreranrufe. Durch die weite Ver-

breitung hat die massenmediale Öffentlichkeit die größte Bedeutung für die Funktionserfüllung von Öffentlichkeit in der Demokratie.

Diese Formen der Öffentlichkeit kamen und kommen nicht nur in Reinform vor, sondern auch als Mischtyp. So ist der Stammtisch der Encounter-Öffentlichkeit sehr ähnlich, hat aber Ansätze zur Strukturierung, die der Versammlungsöffentlichkeit ähneln. Parlamentsdebatten sind Versammlungsöffentlichkeiten, die durch eine mediale Übertragung gleichzeitig massenmediale Öffentlichkeit sein können.

Mit der Verbreitung des Internets und vor allem von Sozialen Medien, also der Variante des Internets mit umfangreichen Möglichkeiten der Erstellung von Inhalten durch beliebige Personen, reicht die Dreiteilung der Öffentlichkeitsmodelle nicht mehr aus. Mit Sozialen Medien ergeben sich vielfältige Veränderungen und Mischformen.

Das Internet wurde nach der Entstehung von Massenmedien als der zweite Strukturwandel der Öffentlichkeit beschrieben (Schäfer 2015).¹ Damit waren zunächst Hoffnungen verbunden, die Öffentlichkeit offener und inklusiver zu machen und damit die Qualität von Diskussionen zu verbessern.² Mit dem Internet wurden Informationen und Argumente leichter zugänglich und gleichzeitig sanken die Hürden, zum öffentlichen Diskurs beizutragen. Damit ist bei hoher Reichweite die Rollendifferenzierung zwischen Autoren und Publikum, wie sie für Massenmedien kennzeichnend ist, stark reduziert. So verlieren Ausbildung und professionelle Normen des Journalismus an Bedeutung für Veröffentlichungen im Internet. Die Art der so veröffentlichten Informationen und Meinungen ändern damit grundsätzlich ihren Charakter von einem Produkt aus der Hand ausgebildeter Experten, die von der Peergroup kontrolliert werden, hin zu Beiträgen, die jeder leisten kann, ähnlich wie in der Encounter-Öffentlichkeit (Neidhardt 2015). Diese Veränderung wurde zunächst als Demokratisierung des öffentlichen Diskurses begrüßt (Schäfer 2015).

Den positiven Versprechungen von Internet und Sozialen Medien standen bald skeptische Erwartungen gegenüber, die von Filterblasen, Echokammern, verbleibenden Ungleichheiten im Zugang (*Digital Divide*), Entpolitisierung und einem Verfall der Streitkultur aufgrund von Anonymität und strategischer Intervention ausgingen. Demnach würde sich die Qualität der politischen Debatte durch eine Verlagerung auf Soziale Medien nicht verbessern, sondern tendenziell verschlechtern.

Diese gegensätzlichen Thesen aus der Frühphase von Sozialen Medien haben umfangreiche Forschung nach sich gezogen. Konzeptionell befindet sich die Publizistik und Kommunikationswissenschaft in einer Phase der Neuorientierung (Strippel et al. 2018, Hepp 2016), um sich auf diese Veränderungen einzustellen. Zwei Fragen sind dabei hervorzuheben: die Frage nach der Form von Öffentlichkeit bei Onlinekommunikation und die Frage nach der Einheitlichkeit der nationalen Öffentlichkeit.

Kommunikation in Sozialen Medien trägt sowohl Charakteristika der Encounter-Öffentlichkeit als auch der massenmedialen Öffentlichkeit.³ Ähnlich wie bei der Encounter-Öffentlichkeit sind die Kanäle themenoffen, sie erlauben die spontane Teilnahme von jedem, also insbesondere von Laien. Andererseits ähneln sie der massenmedialen Öffentlichkeit, weil die Beiträge für ein potenziell sehr großes Publikum sichtbar sind und tendenziell langfristig verfügbar bleiben. Derzeit entstehen Rollendifferenzierungen für die Kommunikation in Sozialen Medien, beispielsweise bei der (automatisierten oder menschlichen) Moderation von Onlinediskussionen, dem Umgang mit künstlichen Nutzern oder zivilgesellschaftlich organisierten Eingriffen in Diskussionen.⁴ Damit findet auch eine Ausdifferenzierung unterschiedlicher Formen von Onlineöffentlichkeiten statt, die bisher noch recht unübersichtlich ist.

Die Frage nach Einheitlichkeit von Öffentlichkeit wird aktuell unter dem Begriff der „dissonanten Öffentlichkeit“ diskutiert (Pfetsch/Löblich/Eilders 2018). Ausgehend von der Orientierungsfunktion der massenmedialen Öffentlichkeit spielt Kon-

sonanz, also die Ähnlichkeit von politischer Berichterstattung in unterschiedlichen Medien, eine wichtige Rolle (Eilders/Neidhardt/Pfetsch 2004). Durch ähnliche Selektionskriterien und eine Orientierung an Leitmedien gab es lange eine erhebliche Ähnlichkeit bei der Fokussierung auf wesentliche Themen in der Berichterstattung. Öffentlichkeit in Sozialen Medien leistet eine solche Konsonanz vermutlich in deutlich geringerem Maße. Menschen erhalten möglicherweise in Filterblasen und Echokammern jeweils sehr unterschiedliche Informationen, thematisieren unterschiedliche Sachverhalte und werden mit jeweils unterschiedlichen, wenig aufeinander bezogenen Meinungen konfrontiert. Für die klassischen Massenmedien hat Saxer (1974) eine „Korrelationsleistung“ beschrieben, wonach unterschiedliche Standpunkte in den Medien zwar wiedergegeben, aber aufeinander abgestimmt werden und damit die Komplexität der Meinungsvielfalt verringern (Burkart 2002: 393). Diese Leistung kann in Sozialen Medien tendenziell verloren gehen.

Die zunehmende Rolle von Sozialen Medien wirft also neue konzeptionelle Fragen für den Charakter von Öffentlichkeit auf. In welchem Maße dabei Öffentlichkeit tatsächlich ihren Charakter verändert, hängt ab von dem Umfang, in dem Soziale Medien genutzt und klassische Massenmedien nicht mehr genutzt werden, aber auch in welchem Maße die denkbaren Effekte in den Sozialen Medien tatsächlich auftreten oder durch Nutzerverhalten kompensiert werden.

In den verschiedenen Formen von Öffentlichkeit sind unterschiedliche Sprach- und Streitkulturen zu vermuten. Während beispielsweise in den klassischen Qualitätsmedien Hasskommunikation durch redaktionelle Arbeit verhindert wird, ist sie in Sozialen Medien zu beobachten (Feierabend/Reutter/Rathgeb 2019; Keipi et al. 2017) und wird sie am Stammtisch schon immer vielfach vorgekommen sein. So wäre vorstellbar, dass die inzivile Kommunikation der Stammtische in die Sozialen Medien gewandert ist, sich aber in der Häufigkeit kaum verändert hätte. Abhängig von der Form der Öffentlichkeit ist inzivile Kommunikation allerdings unterschiedlich folgenreich.

Bei der räumlich, zeitlich und sozial begrenzten Stammtischkommunikation wird sie gesellschaftlich vermutlich weniger folgenreich sein als bei der Kommunikation in Sozialen Medien. Diese Unterschiede sind bei der Beschreibung von Sprach- und Streitkulturen sowie der Diskussion von Folgen und Gegenmaßnahmen zu beachten.

-
- 1 Mit dem „ersten Strukturwandel“ der Öffentlichkeit ist die berühmte Studie von Habermas (1990) gemeint. Habermas beschreibt den Wandel von einer durch Salons und Versammlungen geprägten Öffentlichkeit zur Öffentlichkeit der Massenmedien und diskutiert, wie sich dadurch die politische Debatte verändert.
 - 2 Frieß und Eilders (2015) berichten in ihrer Literaturübersicht, in welchen Hinsichten und unter welchen Bedingungen Soziale Medien eine diskursive Öffentlichkeit ermöglichen.
 - 3 Die Bezeichnung „Soziale Medien“ ist hier etwas unscharf. Die Argumente gelten tendenziell für Portale wie Twitter und Kommentierungen bei Onlinezeitungen, je nach Einstellung auch für Beiträge auf Facebook, insbesondere für Kommentare auf Facebook.
 - 4 Beispielsweise ist „#ichbinhier“ eine Gruppe von Menschen, die sich Hasskommentaren im Internet entgegenstellen, indem sie bei hitzigen Onlinediskussionen teilnehmen und sich um eine Versachlichung und Entemotionalisierung der Debatte bemühen. Siehe www.ichbinhier.eu.

5. Differenzierung bei der Vermessung von Sprach- und Streitkultur

5. Differenzierungen bei der Vermessung von Sprach- und Streitkultur

Die Vermessung von Sprach- und Streitkulturen muss in vier Hinsichten differenziert vorgenommen werden: nach der Form der Öffentlichkeit mit ihren Rollendifferenzierungen, der formalen Verregelung, der Zeit und der Situation.

Grundlegend bei der **Form der Öffentlichkeit** ist zunächst, ob Kommunikation überhaupt öffentlich ist und ob den Beteiligten ein ggf. öffentlicher Charakter der Kommunikation bewusst ist. Insbesondere Soziale Medien nehmen in mehreren Hinsichten eine Zwitterstellung ein. Sie sind zum Teil privat, zum Teil öffentlich, und der Charakter eines Facebookprofils als Bühne der Selbstdarstellung verleitet dazu, Privates öffentlich oder zumindest einem größeren Interessentenkreis zugänglich zu machen, also die Linie zwischen privat und öffentlich zu verändern und weniger scharf zu ziehen (Neuberger 2011, nach Machill u. a. 2013: 140ff.). So verschiebt sich private Kommunikation zum Teil in eine Art Encounter-Öffentlichkeit.

Für die klassischen Formen der Öffentlichkeit (Encounter-, Versammlungs- und massenmediale Öffentlichkeit) waren die Rollendifferenzierungen oben bereits angedeutet worden. Bei den Massenmedien sind professionelle Rollen relativ klar spezifiziert, unterliegen allerdings, nicht zuletzt durch die Krise der Zeitungen, erheblichen Veränderungen (Brinkmann 2018: 211ff). Ausbildungsumfang und Grade der Spezialisierung nehmen mit dem Personalabbau in Zeitungen ab. Erhalten bleibt aber zunächst die Kommunikation von professionellen Journalisten an ein breites Publikum.

Auf den Onlineportalen der Zeitungen verschwimmen diese Grenzen allerdings. Zumindest kom-

mentierend können hier alle beitragen und damit die von professionellen Journalisten erstellten Berichte in einen potenziell anderen Kontext stellen. Die Kommunikationsforschung beschäftigt sich intensiv mit den Wirkungen solcher Kommentare auf die Leser.

In Versammlungsöffentlichkeiten sind ebenfalls oft Rollen ausdifferenziert. Die Personen auf dem Podium haben umfangreiche Möglichkeiten, ihre Beiträge dem Publikum zu präsentieren. Allerdings ist hier eine Reaktion des Publikums in Grenzen möglich.

Durch eine Onlineübertragung verschwimmen auch bei der Versammlungsöffentlichkeit die Grenzen zur medial vermittelten Öffentlichkeit. Die Onlineübertragung erhöht die Reichweite der Verbreitung und schneidet die Reaktionsmöglichkeiten des Onlinepublikums ab.

Der Grad der **formalen Verregelung** setzt für die Sprach- und Streitkultur einen entscheidenden Rahmen. Das Mediengesetz ist ein wichtiger Rahmen für die klassischen Massenmedien. In den Onlineöffentlichkeiten und den Sozialen Medien sind die Rahmenbedingungen noch starken Veränderungen unterworfen. Der Verregelungsgrad ist online sehr unterschiedlich und verändert sich dynamisch. Gesetzliche Regelungen haben sich verändert, insbesondere mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), dessen Anwendung und Auslegung sich noch entwickelt (vgl. Paal/Hennemann 2018). Die informellen Regeln, wie Strategien der automatisierten oder menschengestützten Onlinemoderation, sind in der Entwicklung.¹ Diesen Rahmenbedingungen in den Onlineöffentlichkeiten muss für die Beschreibung und für Fragen nach der Beein-

flussung von Sprach- und Streitkulturen die Aufmerksamkeit gelten.

Bei den Versammlungsöffentlichkeiten ist die Moderation die Instanz zur Durchsetzung von Regeln. In besonders wichtigen Versammlungsöffentlichkeiten wie Parlamenten kann die Moderationsrolle durch das Präsidium erhebliche Bedeutung erlangen. Diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen führen zu sehr unterschiedlichen Sprach- und Streitkulturen.

Die Art der Verregelung und Regeldurchsetzung kann motivieren, strategisch Regeln zu umgehen. Abhängig von den Kontrollinstanzen ändert sich nicht unbedingt der Inhalt des Gesagten, sondern die Anreize für den Gebrauch einer formal konformen, inhaltlich aber nicht konformen Sprache können zunehmen.²

Eine **zeitliche Differenzierung** der Beschreibung von Sprach- und Streitkulturen ist für die Frage nach einem Wandel entscheidend. Dabei ist zunächst unbestimmt, welcher Zeithorizont relevant ist. Abhängig von der unterstellten Ursache des Wandels (vgl. Kapitel 6) kommen unterschiedliche Zeithorizonte infrage. Neben einem Vergleich von Zeitpunkten wäre eine Entwicklung oder Dynamik des Sprachgebrauchs im Sinne von Eskalations- und Deeskalationsprozessen zu betrachten.

Die Untersuchung von Veränderungen ist insbesondere abhängig von dem Material, das für eine Untersuchung zugänglich ist. So haben wir für gesprochene Sprache, beispielsweise am Stammtisch, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart Material, an dem sich ein solcher Wandel untersuchen ließe.

Da Sprachgebrauch kontextabhängig ist, muss auch eine Betrachtung der Sprach- und Streitkultur die **Situation des Sprachgebrauchs** beachten. Dabei gibt es an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Konstellationen jeweils andere, für sich aber oft recht klare soziale Regeln. Beispielsweise ist der Sprachgebrauch im Fußballstadion anders als in der Familie oder der politischen Öffentlichkeit. In jeder dieser Situatio-

nen gelten eigene Regeln des Sprachgebrauchs und unterschiedliche soziale Mechanismen der Durchsetzung dieser Regeln.

Neben der Differenzierung von Streitkulturen nach Foren der Öffentlichkeit, der formalen Verregelung, der Zeit und der Situation gibt es generelle Kulturunterschiede zwischen Ländern, die sich auch in verschiedenen Streitkulturen niederschlagen. So sind die Regeln im britischen Parlament andere als im Deutschen.³ Im **Ländervergleich** sind entsprechend Unterschiede zu erwarten. Interessant sind Länderunterschiede insbesondere dann, wenn sie geeignet sind, vermutete Erklärungen für einen Wandel der Streitkultur zu prüfen.

1 Vgl. zum Beispiel das BMBF-geförderte Projekt „Bewältigung von Krisen öffentlicher Kommunikation im Themenfeld Flüchtlinge, Migration, Ausländer“ (NOHATE) von Prof. Martin Emmer (www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/v/bmbf-nohate).

2 Die Schwierigkeiten bei der Definition einer guten Streitkultur und angemessener Kommunikation stellen sich natürlich auch bei der Regeldurchsetzung, was allen Beteiligten bewusst ist und bei der strategischen Regelverletzung genutzt werden kann (vgl. Kapitel 2.2).

3 Keipi und andere (2017) konnten im Vergleich zwischen Deutschland, UK, USA und Finnland zum Teil recht erhebliche Unterschiede in der Verbreitung von wahrgenommener inziviler Kommunikation in Sozialen Medien feststellen. Dabei ist die Betroffenheit insbesondere bei Hasskommunikation in Deutschland geringer als in den anderen Ländern (2017: 76).

6.

Sprach- und

Streitkultur als

Problem oder

Symptom

6. Sprach- und Streitkultur als Problem oder Symptom

Eine Betrachtung und Beurteilung der Sprach- und Streitkultur in Hinblick auf problematische Veränderungen lässt sich auf zwei Weisen verstehen. Einerseits ist die Sprach- und Streitkultur selbst ein Bestandteil der Demokratie, und sie muss angemessenen Kriterien gerecht werden, um die Stabilität der Demokratie zu stützen. In dieser Perspektive ist die Sprach- und Streitkultur für sich genommen der Gegenstand der Betrachtung, weil problematische Folgen plausibel oder auch belegt sind. Andererseits können Veränderungen der Sprach- und Streitkultur als Hinweise auf andere, tieferliegende Veränderungen und Probleme gedeutet werden. In diesem Fall wäre die Sprach- und Streitkultur ein Symptom für gesellschaftliche Problemlagen, die es eigentlich zu adressieren gilt.

Zu beiden Sichtweisen gibt es aktuelle Diskussionen. Die Sichtweisen müssen sich nicht ausschließen. Eine problematische Sprach- und Streitkultur könnte tieferliegende gesellschaftliche Probleme verschärfen oder hervorrufen, gesellschaftliche Probleme könnten auch durch eine konstruktive, vermittelnde Sprach- und Streitkultur abgeschwächt werden.

Vier Diskussionsstränge sollen mit Blick auf die Sprach- und Streitkultur hier näher betrachtet werden. Zunächst gibt es mit direktem Bezug zur politischen Debatte eine Kritik an der Verwendung von bestimmten Begriffen und Metaphern (Kapitel 6.1). Diese Kritik wird mit besonderem Engagement vorgetragen, weil sie von Arten der politischen Diskussion eine Wirkung auf die Einstellungen der Menschen vermutet. Diese grundsätzliche Frage wird in der Medienwirkungsforschung seit langem diskutiert (Kapitel 6.2). Mit dem Erstarken populistischer Parteien in Europa ist auch deren Verhalten in öffentlichen Debatten zum Thema geworden (Kapitel 6.3). Schließlich wird eine Neuordnung des politischen Feldes diskutiert, die eine Veränderung

der Sprach- und Streitkultur als Symptom tieferliegender gesellschaftlicher Entwicklungen begreift. Hierbei wird einerseits argumentiert, die Veränderung der Sprach- und Streitkultur sei eine Reaktion auf eine identitätsbezogene Politik („Neue Politik“) und Political Correctness. Andererseits wird die These einer neuen Konfliktlinie entlang der Haltung zur Globalisierung vertreten. Wiederum gibt es Überschneidungen und Ergänzungen zwischen den Debatten (Kapitel 6.4).

Diese Diskussionsstränge in Gänze vorzustellen, übersteigt deutlich die Möglichkeiten dieses Papiers. Ziel ist lediglich, einige Grundüberlegungen vorzustellen, um den Horizont zu verdeutlichen, vor dem Veränderungen der Sprach- und Streitkultur zu sehen sind.

6.1 Kritik an Begriffen und Metaphern

Einzeläußerungen in der politischen Debatte, insbesondere durch Repräsentanten der AfD, haben vielfach Reaktionen hervorgerufen. Plakative Aussagen, wie das „Mahnmal der Schande“, der „Vogelschiss der Geschichte“ oder die „Kopftuchmädchen und andere Taugenichtse“, provozieren entrüstete Reaktionen, aber auch Diskussionen und Handreichungen für den Umgang mit der AfD in Parlamenten und der Öffentlichkeit (z. B. Ruhose 2018, Gäbler 2017, Hanneforth/Klose 2017). Diese Diskussion beschäftigt sich vornehmlich mit der Frage der Grenzen von Sagbarem und Nichtsagbarem. Zudem werden Strategien verhandelt, wie auf solche Regelverstöße zu reagieren sei. Während sich diese Überlegungen innerhalb der Sprach- und Streitkultur bewegen und die Regeln dieser Kultur verhandeln, weisen andere auf die zugrundeliegenden Strategien der Regelverletzer hin.¹ Allerdings handelt es sich auch dabei in erster Linie um eine Diskussion der Frage, wie auf Regelverletzungen zu reagieren ist.

Eine spezifische Kritik an Sprachverwendung wurde prominent von Elisabeth Wehling unter dem Begriff „Framing“ vertreten, wobei es sich um eine sehr spezifische Variante des eigentlich breiter diskutierten Framing handelt (vgl. Kapitel 6.2 zur Framing-Forschung). Wehling argumentiert, die jeweils gewählten Begriffe zur Bezeichnung eines Phänomens rufen einen Deutungshorizont auf, der das Phänomen in einen bestimmten Bewertungszusammenhang stellt. So argumentiert sie beispielsweise, dass Begriffe wie Steuerbelastung, Steuerflucht und Steueroasen „in den Köpfen der Menschen gedankliche Deutungsrahmen aktivieren, die Steuern als Bedrohung individuellen Wohlergehens definieren“ (Wehling 2014). Demnach wird für praktisch alle eine bestimmte Interpretation des bezeichneten Phänomens abhängig von der Wortwahl angenommen (auch Wehling 2016).

Mit diesem Argument wurde die Benutzung auch der weiblichen Form in der Sprache propagiert. Eine aktuelle Forderung ist beispielsweise, nicht mehr von „Flüchtling“, sondern nur noch von „Geflüchteten“ zu sprechen.² Hinter diesen recht kleinteiligen Normen für die Beiträge in Diskursen steht eine starke Wirkungsannahme von Worten oder Teilworten (beispielsweise die Silbe „-ling“) auf das Denken und Handeln der Menschen, die wissenschaftlich so nicht gestützt ist.³

6.2 Medienwirkungsforschung

Hinter der Kritik an der Verwendung bestimmter Begriffe und Metaphern steht oftmals eine mehr oder minder explizite Annahme über die Wirkung von medial vermittelten Inhalten auf das Denken des Publikums. Damit berührt die Diskussion das breite Feld der Medienwirkungsforschung.

Die Medienwirkungsforschung hat eine sehr lange Tradition. Sie geht der Frage nach, in welchem Maße und unter welchen Bedingungen Medieninhalte die Rezipienten beeinflussen (Bonfadelli/Friemel 2017, Schenk 2007). Gerade das Auftauchen neuer Medien, beispielsweise Radio, Fernsehen, Comics, Computerspiele und

Ähnliches, hat immer wieder Thesen von Beeinflussung und Manipulation hervorgerufen, die zu detaillierter Forschung geführt haben.

Die Medienwirkungsforschung ist heute ein weit verzweigtes Forschungsfeld mit einer sehr großen Anzahl kleinteiliger Studien. Die Ergebnistendenz ist allerdings sehr deutlich: Eine direkte Wirkung von Medieninhalten auf das Denken und Handeln von Rezipienten lässt sich nur selten und unter spezifischen Bedingungen nachweisen. Die Stärke und Richtung von Medienwirkung ist von vielen Randbedingungen abhängig. Diese Grundtendenz der Befunde gilt gleichermaßen für die Medienwirkungsforschung zu unterschiedlichen Medien.

In der Medienwirkungsforschung sind drei Thesen einflussreich und recht gut belegt: die *Agenda-Setting-Hypothese*, die *Framing-Hypothese* und der *Uses-and-Gratifications-Approach*. Der Zusammenhang von Medienkonsum und Gewalt ist ein weiteres, umfangreich beforschtes Feld.

Die früh formulierte Annahme, die Menschen ließen sich durch Medieninhalte in ihrer Meinung direkt maßgeblich beeinflussen, wurde recht bald widerlegt. Ein Effekt, der sich allerdings zeigen ließ, war der Themensetzungseffekt (**Agenda Setting**) von Massenmedien (Burkart 2002: 248ff., klassisch: Cohen 1963). Die Massenmedien beeinflussen demnach nicht, was die Menschen denken, sondern worüber sie nachdenken. Dieser Effekt ist für die klassischen Massenmedien gut belegt (Luo et al. 2019). In welchem Maße diese Medienwirkung in Zeiten der verbreiteten Nutzung von Onlinemedien und Sozialen Medien noch entsteht, ist unklar (vgl. als älteren Forschungsüberblick Machill et al. 2013).⁴

Die **Framing**-Forschung argumentiert, dass die Art der Darstellung eines Themas einen Effekt auf die Sichtweise der Rezipienten und damit deren Einstellungen hat. Fakten werden in unterschiedlicher Weise mit weiteren Aspekten und verantwortlichen Akteuren verbunden und in dieser Weise gerahmt (geframet). Bei den Rezipienten kann dies die Schlussfolgerungen und damit die Meinung beeinflussen (Matthes 2014, Scheufele 1999, Chong/Druckman 2007). Dabei geht die

Framing-Forschung von komplexen Argumentationen und Deutungen aus, bei denen umfangreich Annahmen über Fakten und Wirkungen miteinander verwoben werden. Sind im Laufe einer öffentlichen Debatte bestimmte Argumente und Argumentationszusammenhänge etabliert, kann es möglich werden, die Deutungen mit nur einzelnen Stichworten aufzurufen.⁵

Bei Sozialen Medien können Kommentare das Framing eines Beitrags beeinflussen. Während das Framing in den klassischen Massenmedien allein beim Autor lag, können nun Kommentare alternative Frames einbringen oder den Beitrag selbst framen. Dies scheint wiederum Effekte auf die Einschätzung der Rezipienten zu haben (Kümpel/Springer 2016).

Der *Uses-and-Gratifications-Approach* ist keine eigentliche Medienwirkungsthese, sondern verändert die Perspektive der Medienwirkungsforschung (Burkart 2002: 226ff.). Demnach sollte Mediennutzung nicht als passiver Konsum verstanden werden, der in zu untersuchender Weise wirkt, sondern die Rezipienten werden in einer aktiven Rolle gesehen. Die Rezipienten wählen Medieninhalte für sich aus. Entsprechend entsteht ein Wechselspiel zwischen Medienrezipienten, deren Eigenschaften und dem Medienkonsum. Die Frage ist dann, in welchem Maße Rezipienteneigenschaften und Medienkonsum sich gegenseitig verstärken oder abschwächen.

Dieser Blickwinkel ist angesichts der großen Auswahl möglicher Medieninhalte besonders bedeutsam. Dies gilt für Bücher genauso wie für Filmangebote oder die Inhalte im Internet und den Sozialen Medien. Machill und andere (2013: 20ff.) haben zu dieser Frage den Forschungsstand zusammengefasst. Demnach verbringen nach den Ergebnissen einzelner Studien neurotische, also emotional labile, Menschen mehr Zeit auf Facebook und geben mehr persönliche Informationen preis als emotional stabile. Extrovertierte Menschen haben auch auf Facebook mehr „Freunde“, verbringen aber weniger Zeit auf Facebook als introvertierte (ähnlich auch Liu/Baumeister 2016). Diese Befunde sind besonders interessant für die Frage, welche Persönlichkeiten

die Beiträge auf Sozialen Medien besonders prägen und welche Persönlichkeiten diese insbesondere konsumieren.

Zu Mediennutzung und Ausübung von **Gewalt** gibt es ausführliche Forschung mit Blick auf Gewaltdarstellung in Film und Computerspielen. Da das Thema seit mehreren Jahrzehnten große Aufmerksamkeit auf sich zieht, gibt es für diese Fragen umfangreiche Untersuchungen. Recht eindeutig zeigt sich, dass Absichten zu realer Gewalt nicht durch Gewaltkonsum in Film und Computerspielen abgebaut werden. Zu einer Verstärkung realer Gewalt durch diesen medialen Gewaltkonsum kommt es nach der breiten Forschungslage nur unter sehr spezifischen Bedingungen und nur bei einer recht kleinen Risikogruppe, nicht aber bei großen Teilen der (jugendlichen) Bevölkerung (Kunczik 2017, 2013).

Vor dem Hintergrund von terroristischen Anschlägen wirft eine etwaige Radikalisierung oder Ermunterung zu Gewalt in Onlinemedien noch weitere Fragen auf. Prozesse der Onlineradikalisierung werden untersucht.⁶ Allerdings führt Radikalisierung nicht notwendig zu Gewaltausübung⁷ und nicht alle terroristischen Attentäter werden aufgrund einer vorherigen Radikalisierung zum Täter (Endrass et al. 2015).⁸

6.3 Öffentliche Debatten und populistische Akteure

In der Literatur werden unterschiedliche Begriffsverständnisse von Populismus vorgeschlagen und je nach Verständnis des Phänomens variieren auch die Implikationen für die Frage einer Sprach- und Streitkultur (Kaltwasser et al. 2017). Ein pointierter und für die Überlegungen zu einer Sprach- und Streitkultur sehr wichtiger Vorschlag kommt von Jan-Werner Müller (2016). Müller stellt als Kern des Populismus die Behauptung populistischer Akteure heraus, nicht eine Mehrheit, sondern ausnahmslos alle zu vertreten, und zwar unmittelbar. Diese Selbstdefinition hat Folgen für das Demokratieverständnis und die Sicht auf öffentliche Debatten. Aus Sicht der so verstandenen Populisten gehören Menschen mit

anderen Meinungen nicht mehr zum Volk, dessen einheitlicher Wille von den Populisten erkannt ist und artikuliert wird. Gleichzeitig ist nach diesem populistischen Verständnis jeder Widerspruch ein Widerspruch gegen das Volk und per se illegitim. Während also im demokratischen Meinungsstreit verschiedene Akteure für sich beanspruchen, die richtige Meinung zu haben und dabei für viele zu sprechen, beanspruchen Populisten, die wahre Meinung des Volkes zu vertreten und für ausnahmslos alle zu sprechen. Damit ist eine antipluralistische Einstellung Kern des populistischen Denkens.

Aus den Überlegungen von Müller folgt eine für Populisten typische Kommunikationsstrategie in öffentlichen Debatten. Dem politischen Gegner wird nicht nur die Richtigkeit seiner Behauptungen, sondern die Legitimität abgesprochen, die Positionen überhaupt zu vertreten. Der Anspruch auf wahre Alleinvertretung des gesamten Volkes durch die Populisten hat also direkte Folgen für das Verständnis von Meinungsfreiheit und öffentlicher Debatte. Persönliche Angriffe in der politischen Debatte sind demnach nicht ein Verhalten unter mehreren möglichen, sondern ergeben sich aus der Weltsicht von Anhängern einer populistischen Ideologie.

6.4 Neuordnung des politischen Feldes

Veränderungen der Sprach- und Streitkultur lassen sich auch als Teil eines weit grundlegenden politischen Wandels verstehen. Demnach wären die Formen der politischen Auseinandersetzung Ausfluss einer Neuordnung des politischen Feldes insgesamt.

In zahlreichen westeuropäischen Ländern hat sich das Parteiensystem ab den 1990er Jahren grundlegend verändert, insbesondere mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Parallel haben lange etablierte Parteien deutlich an Wahlerfolg eingebüßt. Auch die Streitkultur hat sich vielfach verändert.

Zur Erklärung dieser Neuordnung des politischen Feldes wurden zwei Thesen formuliert, die sich nicht ausschließen, aber unterschiedliche Entwicklungen in den Vordergrund stellen. Die erste These sieht in dem Aufkommen rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa eine Reaktion auf die „Neue Politik“, wie sie insbesondere von den sozialen Bewegungen der 1980er Jahre vertreten wurden und deren Ideen zunehmend Eingang in das öffentliche Bewusstsein gefunden haben. Dazu gehören nicht nur konkrete politische Anliegen wie Umweltschutz oder eine Sicherheitspolitik ohne militärische Mittel, sondern allgemeiner identitäre Anerkennungsansprüche, beispielsweise für Frauen oder Homosexuelle, und die Idee des Multikulturalismus. Die umfassenden Maßnahmen zur Anerkennung und Förderung von Frauen und Minderheiten führen nach dieser These zu einer Gegenmobilisierung, die sich in den rechtspopulistischen Parteien geformt hat, weil andere Parteien nicht oder in nicht ausreichendem Maße diese Anliegen vertreten haben (Bornschiefer 2010). Damit artikulieren rechtspopulistische Parteien Positionen, die vormals in der öffentlichen Debatte weitgehend fehlten.

Eine alternative These für das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien setzt an der Globalisierung an und diagnostiziert das Aufkommen einer neuen Konfliktlinie (Kriesi et al. 2006, Hutter 2014: 3ff). Die letzten Jahrzehnte waren geprägt durch eine Öffnung der Nationalstaaten für transnationale Verbindungen. In Europa (zunächst Westeuropa) ist dies mit der Europäischen Union besonders ausgeprägt. Während lange Zeit ein weitgehender Elitenkonsens zugunsten der transnationalen Öffnung bestand, formiert sich mit den rechtspopulistischen Parteien eine Gegenstimme, die Verlierer und vermeintliche Verlierer dieses Prozesses organisiert und im politischen Feld sichtbar macht. Entlang der Frage einer nationalen Schließung gegen die transnationale Öffnung bildet sich eine Konfliktlinie mit einander konträr gegenüberstehenden Positionen, die im Parteiensystem abgebildet werden.

Sowohl die These der Reaktion auf Neue Politik als auch die These der neuen Konfliktlinie nationale Schließung–transnationale Öffnung würden zunächst inhaltliche Positionen in die politische Debatte einbringen, ohne zwingend zu einem Wandel der Sprach- und Streitkultur zu führen. Es gibt aber zwei Argumente, warum sich sowohl die Reaktion auf Neue Politik als auch die neue Konfliktlinie nationale Schließung–transnationale Öffnung auf die Sprach- und Streitkultur auswirken könnten. Zum einen wird von den rechtspopulistischen Kräften die Opposition zu einer politischen Richtung formuliert, die sich eine sprachliche Sensibilität für Minderheitenanliegen und eine Sprachveränderung zu Eigen gemacht hat. Ein Teil der Politik zur Gleichstellung von Frauen war die Berücksichtigung der weiblichen Form in der Sprache. Ähnliches gilt für den sprachlichen Umgang mit Migranten und ethnischen Minderheiten. Für die Vertretung der Gegenposition liegt es daher nahe, auch auf sprachlicher Ebene die Gegenposition zu vertreten und der sprachlich-symbolischen Berücksichtigung von Minderheiten eine explizit andere, ausgrenzende Sprache entgegenzusetzen – oder auch nur die Forderung der Nichtausgrenzung zu ignorieren.

Zum anderen impliziert sowohl die These der Reaktion auf Neue Politik als auch die These der neuen Konfliktlinie nationale Schließung–transnationale Öffnung eine gefühlte Bedrohung der eigenen Identität. Die Identitätsthemen der Neuen Politik haben auch Implikationen für jene Gruppen, die nicht explizit thematisiert werden. Identitäten werden umgedeutet und infrage gestellt. Die transnationale Öffnung hat ebenfalls kulturelle Implikationen, die bei der neuen Konfliktlinie eine zentrale Rolle spielen und die national geprägte Identität infrage stellen können bzw. so empfunden werden. Identitätsfragen sind nun Paradebeispiele für Wertekonflikte (Aubert 1972) oder unteilbare Konflikte (Hirschman 1994). Diese sind besonders grundsätzlich und anders als Konflikte um teilbare Streitgegenstände schwer zu bearbeiten. Identitätskonflikte machen aufgrund ihres unversöhnlichen Charakters eine besonders konfrontative Auseinandersetzung wahrscheinlich.

Es ist also für beide Thesen, die These der Reaktion auf Neue Politik und die These der neuen Konfliktlinie, durchaus plausibel, sie als Ursache für einen Wandel der Sprach- und Streitkultur hin zu einem aggressiveren Umgang miteinander zu vermuten.

-
- 1 Vgl. beispielsweise das Interview mit Heinrich Detering, Professor für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Göttingen (Frank 2018).
 - 2 Begründet wurde dies mit dem Argument, die Nachsilbe „ling“ verkleinere und verniedliche die bezeichneten Menschen. Vgl. das Interview mit der Linguistin Elisabeth Wehling (Bruckner 2016).
 - 3 Diese Thesen korrespondieren mit einer noch grundlegenden Annahme, dass die Wirklichkeitswahrnehmung als solche sprachlich geprägt sei. Diese Annahme geht zurück auf Herder und Humboldt und hat Richtungen der Sozialwissenschaften nachhaltig geprägt. Kognitionspsychologische Forschung kommt allerdings zu dem Schluss, dass es allenfalls eine geringe Prägung der Wahrnehmung durch Sprache gibt (zusammenfassend Gerhards 2010: 72ff.). Effekte von Framing für die Interpretation von Fakten und verbundene Einstellungen sind dagegen recht gut nachgewiesen, wenn es sich um prägnante, aber in der Argumentation komplex und breit angelegte Frames handelt (Chong/Druckman 2007: 109ff.).
 - 4 Djerf-Pierre und Shehata (2017) kommen in ihrer Studie für Schweden zwischen 1992 und 2014 zu dem Schluss, dass trotz der Bedeutung von Sozialen Medien die *Agenda-Setting*-Wirkung der traditionellen Medien ungebrochen sei. Vgl. auch die Überlegungen zur Orientierungsfunktion der Öffentlichkeit, Kapitel 4.
 - 5 Auch die Art der Darstellung wurde als Framing-Effekt untersucht. Dabei wurde beispielsweise experimentell gezeigt, dass eine Darstellung anhand eines Einzelfalles überzeugender ist als eine Darstellung mit statistischen Daten (Iyengar 1991).
 - 6 Siehe zum Beispiel Böckler/Hoffmann (2017), Neo/Dillon/Khader (2017) und das Themenheft der Zeitschrift Neue Kriminalpolitik (Boers 2017) mit der Vorstellung aktueller Forschungsprojekte.
 - 7 Vgl. zu Diagnoseinstrumenten für die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person von radikalen Einstellungen übergeht zu Gewaltausübung, die Übersicht von Lloyd (2019).
 - 8 Zu Onlinemedien als Ort der Gewaltausübung vgl. auch die Studie von Keipi (2017).

7.

Fragen und

Untersuchungs-

ansätze

7. Fragen und Untersuchungsansätze

Da sich Sprach- und Streitkulturen nach der Form der Öffentlichkeit, der formalen Verregelung, der Zeit und der Situation unterscheiden (siehe Kapitel 5), ließe sich eine Vielzahl von Sprach- und Streitkulturen beschreiben. Dies ist kaum zu leisten und auch nicht notwendig. Für die demokratische Entscheidungsfindung sind vor allem die politischen Diskussionen relevant, bei denen Wähler oder repräsentative Institutionen diskutieren oder zwischen beiden vermittelt wird. Damit geht es um

- › politische Diskussionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern,
- › Debatten in den Parlamenten und
- › öffentliche, medienvermittelte politische Diskussionen.

Die Sprach- und Streitkultur der Bevölkerung zeigt sich in den Alltagsgesprächen und politischen Diskussionen der Menschen untereinander. In den Encounter-Öffentlichkeiten, an den Stammtischen oder in den Diskussionen an der familiären Festtafel zu Weihnachten, könnte sich ein Wandel der Sprach- und Streitkultur gesellschaftsweit niederschlagen.

Die Parlamentsdebatten und Debatten in parlamentarischen Ausschüssen sind die Versammlungsöffentlichkeit, der in den Demokratien die mit Abstand größte Bedeutung zukommt. Hier findet nicht nur der Austausch zwischen den politischen Repräsentanten statt, sondern hier wird auch die politische Debatte selbst repräsentiert. Dies gilt für die Inhalte, die vorgebrachten Argumente und Standpunkte, es kann aber auch der Debattenstil repräsentativ sein und gleichzeitig prägend in die Gesellschaft hineinwirken.¹

Sowohl die parlamentarische Debatte als auch andere Formen der Debatte finden ihre Verbreitung über die Massenmedien. Dabei ist nach wie vor aufgrund seiner Reichweite das Fernsehen von größter Bedeutung und auch Zeitungen haben nach wie vor in ihren Print- oder Onlineausgaben eine weite Verbreitung. Hinzu treten aber zunehmend andere mediale Verbreitungsformen, beispielsweise YouTube-Kanäle. In diesen Formaten findet sich die in Kapitel 4 beschriebene Rollentrennung zwischen Sendern und Empfängern.

In den Sozialen Medien und der Onlinekommunikation ist vor allem aufgrund der tendenziell horizontalen Kommunikation, die nicht grundsätzlich zwischen Sendern und Empfängern trennt, eine andere Sprach- und Streitkultur zu erwarten (vgl. Kapitel 4). Diese Arenen verdienen eigene Aufmerksamkeit in der Analyse.

Die Beschreibung der Sprach- und Streitkultur politischer Kommunikation unter Wählern, in Parlamenten, in Massenmedien oder Online ist als aktuelle Bestandsaufnahme wichtig. Für die demokratische Qualität der Debatte steht dabei jeweils der Umgang miteinander im Vordergrund. Die Zivilität der Sprach- und Streitkultur ist der entscheidende Maßstab für die Frage, ob eine Aushandlung der gemeinsamen Anliegen gelingen kann. Doch auch andere Qualitäten, die zentral zur demokratischen Aushandlung beitragen, sind in den Blick zu nehmen.

Um die Ergebnisse einschätzen zu können, ist es hilfreich, sie ins Verhältnis setzen zu können. Ob eine Auseinandersetzung mit viel oder wenig inziviler Kommunikation geführt wird, ist zunächst eine Frage des normativen Maßstabs. Eine verlässliche Aussage über Veränderungen, also eine mögliche Zu- oder Abnahme von inziviler Kommunikation dagegen kann Hinweise

geben, wie dramatisch Veränderungen sind oder ob ein aktueller Eindruck täuscht.

Der Vergleich über die Zeit ist nur eine Möglichkeit (vgl. Kapitel 5). Vergleiche zwischen Arenen mit unterschiedlichen Graden der Verregelung, Situationen bzw. thematischen Kontexten oder Ländern können ebenfalls bei der Einschätzung helfen, ob die Sprach- und Streitkultur in der deutschen Politik besonders ist oder sich ähnlich darstellt wie in anderen Bereichen oder Ländern.

Neben der Vermessung der Sprach- und Streitkultur stellen sich die Fragen nach Ursachen und Folgen insbesondere der inzivilen Kommunikation. Diese Frage ist eng verknüpft mit der Suche nach Möglichkeiten, um die Sprach- und Streitkultur zu verbessern oder Fehlentwicklungen zu verringern. Entsprechend der in Kapitel 6 diskutierten möglichen Ursachen können sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen Ansätze für Verbesserungen bieten. Auch die Art von Einwirkungen und die beteiligten Akteure können sehr unterschiedlich sein. Verhaltenskodizes, Moderationstechniken, Regeln für bestimmte Öffentlichkeitsformen oder steuernde Eingriffe durch ganz unterschiedliche Akteure sind denkbar. Die Ausbildung einer demokratischen Sprach- und Streitkultur hat immer das Zusammenwirken vieler erfordert, und Veränderungen der Debattenführung und ihrer medialen Verbreitung erfordern ebenso vielfältige Reaktionen und Anpassungen.

Bei der Beurteilung, welche Aspekte der Sprach- und Streitkultur den Aufwand eines modifizierenden Umgangs lohnen, sind die Folgen mit in den Blick zu nehmen. Nicht jeder inzivile oder anders unangemessene Beitrag zu einer Debatte hat Folgen. Wird aber durch Kommunikationsverhalten systematisch diskriminiert und Vertrauen untergraben, stellt sich die Lage anders dar.

Für die Untersuchung der Sprach- und Streitkultur stellen sich entsprechend eine ganze Reihe grundlegender Fragen. Zu manchen Fragen gibt es bereits erste Erkundungen und Annahmen, für andere ist unser Wissen ausgesprochen begrenzt und wiederum andere sind kaum einer systematischen Untersuchung zugänglich.

Parlamentsdebatten sind über lange Zeiträume dokumentiert. Hier sind detaillierte Analysen möglich, wobei insbesondere der historisch vergleichende Blick bislang fehlt.² Die nichtöffentlichen Verhandlungen in parlamentarischen Ausschüssen könnten interessante ergänzende Einsichten bieten, sind aber weit schwieriger zu untersuchen. Mit Blick auf mögliche Ursachen von Veränderungen können Zeitvergleiche und Vergleiche von Kommunikationsverhalten unterschiedlicher Akteure hilfreich sein.

Politik in ihrer medialen Vermittlung wurde vielfältig untersucht, lohnt aber weiterhin eine genaue Analyse. Hierfür ist näher zu spezifizieren, auf welche Aspekte zu achten ist. Für die Frage nach Ursachen und Reaktionsmöglichkeiten bietet gerade die mediale politische Diskussion umfangreiches Material. Für die klassischen Massenmedien gibt es eine lange Tradition der Untersuchung politischer Kommunikation.

Onlinekommunikation hat ebenfalls umfangreiche Forschung auf sich gezogen, allerdings besteht hier auch noch großer Forschungsbedarf. Unter welchen Bedingungen inzivile Kommunikation in politischen Onlinedebatten zu- oder abnimmt, ist eine zentrale Frage, um zu einer angemessenen Sprach- und Streitkultur zu kommen. Dafür lohnt insbesondere der vergleichende Blick, um beurteilen zu können, ob die Streitkultur in politischen Onlinediskussionen eine besondere Entwicklung nimmt oder ob sich hier allgemeinere Veränderungen der Diskussionskultur zeigen, die auch in thematisch anderen Bereichen zu beobachten sind. Aufgrund der besonderen Wichtigkeit politischer Debatten in der Demokratie gilt ein besonderes Augenmerk den Einflüssen auf Eskalation und Deeskalation von diesen Debatten. Der Einfluss von moderierenden Eingriffen unterschiedlicher Art verdient genauso eine systematische Betrachtung.

Die politische Diskussion zwischen den Menschen im Alltag ist für eine Analyse am schwierigsten zu greifen. Doch auch hier finden wichtige Entwicklungen statt, die es im Auge zu behalten gilt. Der Zusammenhalt der Gesellschaft wird nicht zuletzt in der alltäglichen Auseinandersetzung

hergestellt, in dem angemessenen Austausch und Umgang miteinander. Wie sich dies darstellt und verändert, ist eine der aktuellen wichtigen Fragen.

Schließlich bedarf es einer grundsätzlichen, normativen Verständigung, welche Sprach- und Streitkultur erstrebenswert, was noch akzeptabel ist und wo Grenzen zu setzen sind. Die Fortentwicklung einer Kultur, auch einer Sprach- und Streitkultur, bedarf selbst der stetigen Auseinandersetzung über Ziele und angemessene Arenen für die demokratische Debatte.

Politische Stiftungen – und mit ihnen die Konrad-Adenauer-Stiftung – sind durch die Frage nach einer angemessenen Sprach- und Streitkultur in besonderer Weise herausgefordert. Mit ihrer analytischen Arbeit können die Stiftungen neben der wissenschaftlichen Forschung zur Klärung der aufgeworfenen Fragen beitragen. Als Teilnehmer im politischen Diskurs sind die Stiftungen gemeinsam mit allen politisch Interessierten gefordert, Positionen zu entwickeln, wie Öffentlichkeit in der repräsentativen Demokratie gestaltet sein soll, und wie dieses Ziel erreicht werden kann. In der Umsetzung schließlich sind die Stiftungen gefordert, im Bereich der politischen Bildung, an der Seite anderer Bildungseinrichtungen und ergänzend zu anderen Ansatzpunkten, an der Verwirklichung einer angemessenen Sprach- und Streitkultur mitzuarbeiten.

Der Schwerpunkt „Wandel der Sprach- und Streitkultur“ ist ein Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, um die demokratische Streitkultur in Deutschland weiterzuentwickeln und zu stärken.

-
- 1 Auch wenn parlamentarische Debatten als solche öffentlich sind, werden sie allenfalls von einer besonders interessierten Minderheit verfolgt. Allerdings finden prägnante Ausschnitte dieser Debatten den Weg in die Massenmedien und werden so einem großen Publikum zugänglich. Hierfür ist die mediale Aufbereitung und Verbreitung entscheidend. Dennoch verstärkt diese Verbreitung auch die Bedeutung der parlamentarischen Debatten selbst.
 - 2 Vögele und Thoms (2019) sowie Brunner et al. (2019) haben Analysen zu Parlamentsdebatten der Gegenwart vorgelegt.

Die Autoren

Thomas Köhler leitet seit Mai 2017 den Think-Tank „Politik und Beratung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin. Zuvor war er unter anderem im Deutschen Bundestag, dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium der Finanzen tätig.

PD Dr. Jochen Roose ist seit 2018 Koordinator im Team Empirische Sozialforschung des Think-Tank „Politik und Beratung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin. Zuvor war er unter anderem als Professor an der Freien Universität Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt.

Literaturverzeichnis

- A** Aubert, Vilhelm, 1972: Interessenkonflikt und Wertkonflikt. Zwei Typen des Konflikts und der Konfliktlösung. In: Bühl, Walter L. (Hrsg.), *Konflikt und Konfliktstrategie – Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie*. München: Nymphenburger Verlag, S. 178–205.
- B** Böckler, Nils/Hoffmann, Jens (Hrsg.), 2017: *Radikalisierung und terroristische Gewalt: Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt/M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Boers, Klaus et al., 2017: Radikalisierung im digitalen Zeitalter. Themenheft der Zeitschrift *Neue Kriminalpolitik* 69.
- Bonfadelli, Heinz/Friemel, Thomas H., 2017: *Medienwirkungsforschung*. 6. Auflage. Konstanz: UVK.
- Bornschieer, Volker, 2010: The new cultural divide and the two-dimensional political space in Western Europe, *West European Politics* 33: 419–444.
- Brinkmann, Jannis, 2018: *Verlagspolitik in der Zeitungskrise: Theorien, Strukturen, Strategien*. Baden-Baden: Nomos.
- Bruckner, Johanna, 2016: „Politiker scheuen sich davor, moralisch zu sein“. Interview mit Elisabeth Wehling. *Süddeutsche Zeitung* 17.02.2016.
- Brunner, Katharina et al., 2019: Das gespaltene Parlament. *Süddeutsche Zeitung*. Online: <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/die-afd-im-bundestag-e362724/>
- Burkart, Roland, 2002: *Kommunikationswissenschaft*. 4. Auflage, Wien u. a.: Böhlau.
- C** Chong, Dennis/Druckman, James N., 2007: Framing Theory, *Annual Review of Political Science* 10: 103–126.
- Cohen, Bernard C., 1963: *The Press and Foreign Policy*. Princeton: Princeton University Press.
- D** Deglow, Hans-Jürgen, 2019: Zentralrat der Juden: „Die roten Linien werden verschoben“. Interview mit Josef Schuster. *Heilbronner Stimme*, 20.03.2019.
- Djerf-Pierre, Monika/Shehata, Adam, 2017: Still an Agenda Setter: Traditional News Media and Public Opinion During the Transition From Low to High Choice Media Environments, *Journal of Communication* 67: 733–757.

Dubiel, Helmut, 1999: Integration durch Konflikt? In: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.), Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 132–143.

- E** Eilders, Christiane/Neidhardt, Friedhelm/Pfetsch, Barbara, 2004: Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Wiesbaden: Springer VS, S. 196–226.

Endrass, Jerome/Sadowski Friederike/Böckler, Nils/Rossegger, Astrid, 2015: Der Weg zum (terroristischen) Attentäter: Gewalt legitimieren, um Gewalt auszuüben. Kriminalistik 5: 328–334.

- F** Feierabend, Sabine/Reutter, Theresa/ Rathgeb, Thomas, 2019: Neue Aspekte jugendlicher Mediennutzung. In: die medienanstalten – ALM GbR (Hrsg.), Der Ton wird härter. Hass, Mobbing und Extremismus. Maßnahmen, Projekte und Forderungen aus Sicht der Landesmedienanstalten. Berlin: Vistas, S. 22–27.

Freee, Myra Marx et al., 2002: Four models of the public sphere in modern democracies, *Theory and Society* 31: 289–324.

Frank, Joachim, 2018: „Gauland ist ein Virtuose der Zweideutigkeit“. Interview mit Heinrich Detering. *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 07.12.2018

Frieß, Dennis/Eilders, Christiane, 2015: A Systematic Review of Online Deliberation Research, *Policy & Internet* 7: 319–339.

Früh, Werner, 2017: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 13. Auflage. Konstanz: UVK.

- G** Gäbler, Bernd, 2017: AfD und Medien – Analyse und Handreichungen. OBS-Arbeitsheft Nr. 92, Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.

Gerhards, Jürgen, 2010: Mehrsprachigkeit im vereinten Europa. Transnationales sprachliches Kapital als Ressource in einer globalisierten Welt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm, 1990: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. WZB Discussion Paper, FS III 90–101, Berlin: Wissenschaftszentrum.

- H** Habermas, Jürgen, 1987: Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Zwei Bände. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen, 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Hanneforth, Grit/Klose, Bianca, 2017: „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. Dresden: Bundesverband Mobile Beratung e. V.

- Hepp, Andreas, 2016: Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten. *Publizistik* 61: 225–246.
- Hirschman, Albert O., 1994: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?, *Leviathan* 22: 293–304.
- Hutter, Swen, 2014: *Protesting Culture and Economics in Western Europe. New Cleavages in Left and Right Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- I Iyengar, Shanto, 1991: *Is Anyone Responsible? How Television frames Political Issues*. Chicago: University of Chicago Press.
- K Kaltwasser, Cristóbal Rovira et al., 2017: Populism: An Overview of the Concept and the State of the Art. S. 1–24. In: Kaltwasser, Cristóbal Rovira/Taggart, Paul/Espejo, Paulina Ochoa/Ostiguy, Pierre (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press.
- Keipi, Teo et al., 2017: *Online Hate and Harmful Content. Cross-national perspectives*. London/New York: Routledge.
- Kriesi, Hanspeter et al., 2006: Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. *European Journal of Political Research* 45: 921–956.
- Kromrey, Helmut/Roose, Jochen/Strübing, Jörg, 2016: *Empirische Sozialforschung*. Konstanz: UVK.
- Kümpel, Anna Sophie/Springer, Nina, 2016: Commenting quality. Effects of user comments on perceptions of journalistic quality. *Studies in Communication and Media* 5: 353–366.
- Kunczik, Michael, 2017: *Medien und Gewalt. Überblick über den aktuellen Stand der Forschung und der Theoriediskussion*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kunczik, Michael, 2013: *Gewalt – Medien – Sucht. Computerspiele*. Berlin/Münster: LIT.
- L Liu, Dong/Baumeister, Roy F., 2016: Social networking online and personality of self-worth: A meta-analysis. *Journal of Research in Personality* 64: 79–89.
- Lloyd, Monica, 2019: *Extremism Risk Assessment. A Directory*. Lancaster: Centre for Research and Evidence on Security Threats (CREST).
- Luo, Yunjuan et al., 2019: A Meta-Analysis of News Media's Public Agenda-Setting Effects, 1975–2015. *Journalism & Mass Communication Quarterly* 96: 150–172.
- M Machill, Marcel/Beiler, Markus/Krüger, Uwe, 2013: *Das neue Gesicht der Öffentlichkeit*. LfM-Materialien 31. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.
- Matthes, Jörg, 2014: *Framing*. Baden-Baden: Nomos.
- Merten, Klaus, 1983: *Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Moebius, Stephan, 2009: Kultur. Bielefeld: transcript.

Müller, Jan-Werner, 2016: Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- N** Neidhardt, Friedhelm, 1986: Kultur und Gesellschaft. Einige Anmerkungen zum Sonderheft. In: Neidhardt, Friedhelm/Lepsius, M. Rainer/Weiss, Johannes (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft. Sonderheft 27 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 10–18.

Neidhardt, Friedhelm, 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7–41.

Neidhardt, Friedhelm, 2015: Nachrichtenfunktionen der Social Media – „Bürgerjournalismus“? In: Rössel, Jörg/Roose, Jochen (Hrsg.): Empirische Kultursoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 293–321.

Neo, Loo/Dillon, Leevia/Khader, Majeed 2017: Identifying individuals at risk of being radicalised via the internet. In: Security Informatics 30: 1112–1133.

Neuberger, Christoph (2011): Soziale Netzwerke im Internet. Kommunikationswissenschaftliche Einordnung und Forschungsüberblick. In: Neuberger, Christoph/Gehrau, Volker (Hrsg.): StudiVZ. Diffusion, Nutzung und Wirkung eines sozialen Netzwerks im Internet. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–96.

- P** Paal, Boris P. /Hennemann, Moritz, 2018: Soziale Netzwerke in der Pflicht! Meinungsfreiheit in Gefahr? Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in der Praxis. Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Pfetsch, Barbara/Löblich, Maria/Eilders, Christiane, 2018: Dissonante Öffentlichkeiten als Perspektiven kommunikationswissenschaftlicher Theoriebildung, Publizistik 63: 477–495.

- R** Ruhose, Fedor, 2018: Ein Jahr AfD im Bundestag. Wie sie arbeitet, was sie plant und wie man sie schwächt. Discussion Paper. Berlin: Das Progressive Zentrum.

- S** Saxer, Ulrich, 1974: Funktionen der Massenmedien in modernen Gesellschaften. In: Kurzrock, Rupert (Hrsg.): Medienforschung. Berlin: Colloquium Verlag.

Schäfer, Mike S., 2015: Digital Public Sphere. In: Mazzoleni, Gianpietro (Hrsg.): The International Encyclopedia of Political Communication. London: Wiley: S. 322–328.

Schenk, Michael, 2007: Medienwirkungsforschung. 3. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.

Scheufele, Dietram A., 1999: Framing as a Theory of Media Effects, Journal of Communication 14: 103–122.

Strippel, Christian et al., 2018: Theoretische und methodische Antworten der Kommunikationswissenschaft auf Herausforderungen der Digitalisierung, Publizistik 63: 469–476.

- T** Taylor, Charles S., 1992: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?, Transit. Europäische Revue 3: 5–20.
- V** Vögele, Catharina/Thoms, Claudia, 2019: Die isolierte Fraktion. Eine quantitative Inhaltsanalyse zu Zwischenrufen und anderen Zwischenreaktionen in Debatten des baden-württembergischen Landtags unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der AfD. Unveröffentlichtes Manuskript (Publikation Sommer 2019).
- W** Wehling, Elisabeth, 2014: Sprache, Werte, Frames. Die Botschaft der Politik. Frankfurt/M.: Campus.

Wehling, Elisabeth, 2016: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln: von Harlem Verlag.

Streit ist normaler Bestandteil der Demokratie, aber die Art und Weise, wie gestritten wird, ist von großer Bedeutung. Sprach- und Streitkultur bezeichnet die Werte und Normen, nach denen die Auseinandersetzung miteinander erfolgen soll. In einem Schwerpunkt widmet sich die Konrad-Adenauer-Stiftung dem Wandel der Sprach- und Streitkultur.

Wie verändert sich die Sprach- und Streitkultur und was sind die Ursachen dafür? Welche Folgen haben Formen der Debattenführung? Welche Reaktionen können zu einer wehrhaften demokratischen Sprach- und Streitkultur beitragen? Diese grundlegenden Fragen zur Sprach- und Streitkultur werden in den Kontext von Überlegungen zu Öffentlichkeitsarenen, normativen Modellen von Öffentlichkeit und Diskussionen über Ursachen des Wandels der Sprach- und Streitkultur gestellt.